weniger kann die sogenannte Tariftreue dafür eine Hemmung sein, daß selbst, wenn man sie so betrachten würde, wie die Reformisten, was wir nicht tun, ist es klar, daß auf sie dasselbe zutrifft wie auf die juristische Seite der Angelegenheit, daß sie nämlich in dem Moment keine Rolle spielt, in welchem der Hauptvorstand des DMV bzw. der gesamte ADGB die Führung des Kampfes unter Verbreiterung der Kampffront übernehmen und ihn als Machtkampf gegen den Gesamtverband der Industriellen und die staatliche Schlichtungsmaschine weiterführen.

Die Entscheidung, ob weitergekämpft wird oder nicht, kann nur in Verbindung mit der grundsätzlichen Stellung gegenüber dem kapitalistischen Staat und der kapitalistischen Wirtschaft gefällt werden. Stände die heutige Führung der freien Gewerkschaften auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes gegen den Kapitalismus, dann müßte sie selbstverständlich auch bereit sein, gegen die Schlichtungsmaschine des kapitalistischen Staates mit allen Mitteln anzukämpfen, vorausgesetzt, daß sie auf den notwendigen Kampfwillen der Arbeiterschaft rechnen könnte. Daß das letztere der Fall ist, hat der Vorwärts selbst festgestellt.

Die deutsche Arbeiterklasse steht jetzt wieder, wie früher schon im Hamburger Hafenarbeiterkampf usw., vor der unmittelbaren Aufgabe des Kampfes um das Streikrecht. Die Entscheidung, die jetzt zu fällen ist, betrifft nicht nur das Schicksal des gegenwärtigen Metallarbeiterkampfes, sondern ist auch von der größten Bedeutung für die im März und April bevorstehenden großen Bewegungen der Bergarbeiter, Eisenbahner, Fabrikarbeiter usw.

Die Lage ist also sehr ernst. **Alles hängt jetzt von der Initiative der kämpfenden Arbeiter, von ihrem Druck auf die Gewerkschaften, von ihrer Bereitschaft zur Weiterführung des Kampfes ab.**

Die mitteldeutschen Metallarbeiter müssen verlangen, daß jetzt, nachdem der Kampf zu einem Machtkampf gegen die Unternehmerklasse und den kapitalistischen Staat geworden ist, der Hauptvorstand des DMV und der Bundesvorstand des ADGB die Führung des Kampfes übernehmen. Zunächst gilt es, den Kampf in Mitteldeutschland weiterzuführen und sofort die wichtigsten Arbeitergruppen im mitteldeutschen Kampfgebiet, die Elektrizitätsarbeiter, Eisenbahner, die Arbeiter der chemischen Industrie und die Bergarbeiter zum Solidaritätsstreik aufzurufen. Gleichzeitig müssen die Arbeiter in allen Industriegruppen ihre Lohnforderungen anmelden, in allen Industrien die zugespitzte Lage zum Kampf um eine Erhöhung der Löhne ausnutzen. Das ist die Forderung, welche die mitteldeutschen Metallarbeiter, die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands an die Gewerkschaften stellen müssen.

Die Entscheidung hierüber darf nicht dem Konventikel der Geschäftsführer des Verbandes überlassen bleiben. Die kämpfenden Arbeiter müssen darüber abstimmen, sie müssen abstimmen über die Frage, ob der Kampf weitergeführt werden soll, und zwar unter der Führung des Hauptvorstandes des DMV und des Bundesvorstandes des ADGB als nicht vertragschließende Kontrahenten, die also juristisch nicht belangt werden können. Aber ganz abgesehen von dieser juristischen Seite der Frage, entspricht es auch der politischen Bedeutung eines solchen Kampfes, daß er nicht von einer einzelnen Ortsgruppe geführt werden kann. Ein solcher Kampf kann nur unter zentraler Leitung und letzten Endes unter Einsetzung der gesamten Macht des ADGB mit Erfolg geführt werden.

Der Kampf fällt in eine äußerst gespannte politische Situation. Die Bürgerblockregierung versucht alles, um ihre Herrschaft über die nächsten Monate der schärfsten gewerkschaftlichen Kämpfe aufrechtzuerhalten. Die Bürgerblockregierung will im Auftrage des Trust- und Monopolkapitals die Schlichtungsmaschine in den nächsten Monaten fest in der Hand behalten. Der Kampf gegen die Verbindlichkeitserklärung des Hungerschiedsspruches ist gleichzeitig der schärfste Kampf gegen die Bürgerblockregierung. Ein erfolgreicher Kampf gegen das Schlichtungsdiktat der Bürgerblockregierung würde diese Regierung ohne Zweifel beseitigen. Einen solchen Schlag könnte sie nicht überstehen.

Weiterkämpfen trotz und gegen die Verbindlichkeitserklärung, das ist die Losung der Stunde, von deren Durchführung die Entwicklung der gesellschaftlichen Kämpfe und des gesamten proletarischen Klassenkampfes der nächsten Zeit entscheidend beeinflußt wird.

Neue Arbeiterbataillone in den Kampf!

Nieder mit der Bürgerblockregierung!

das würde die Antwort sein auf die Maßnahmen des Staates und der Unternehmer gegen die weiterkämpfenden Metallarbeiter.

Die mitteldeutschen Metallarbeiter und die gesamte deutsche Arbeiterschaft stehen vor einer ernsten Entscheidung.

Solidarität

Die Werkstättenarbeiter des Ausbesserungswerks Dresden-Friedrichstadt bekunden den Metallarbeitern ihre Sympathie

In der am 20. Februar tagenden Belegschaftsversammlung des EAW Friedrichstadt wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Sympathieerklärung

Die am 20. Februar 1928 tagende Betriebsversammlung der Belegschaft des Reichsbahn-Ausbesserungs-Werkes Dresden-Friedrichstadt spricht den kämpfenden Metallarbeitern die vollste Sympathie aus. Wir rufen euch zu: Haltet aus bis zum vollen Sieg, bis zur restlosen Durchsetzung eurer Forderung! Wir stehen zu euch, bereit zu jeder Hilfe, da euer Kampf und Erfolg richtunggebend sein wird für Millionen deutscher Arbeiter.

Die Stettiner Werftarbeiter in der Kampffront

Stettin, 22. Februar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Vertrauensleute der Werftarbeiter haben am Dienstag beschlossen, sämtliche Arbeiter aufzufordern, nach acht Stunden den Betrieb zu verlassen. Dieser Beschluß ist die Antwort auf die Ankündigung der Metallindustriellen, auch in Stettin die gesamte Arbeiterschaft der Metallbetriebe, falls keine Einigung zustandekommt, auszusperren.

Riesenaufgebot zum Königsempfang

Berlin. Dem republikanischen Deutschland ist Heil widerfahren. Ein leibhaftiger König, Amanullah von Afghanistan, wird am Mittwoch, von Bern kommend, auf dem Lehrter Bahnhof eintreffen. Es sind große Vorbereitungen zu seinem Empfang getroffen worden. Vor dem Platz am Brandenburger Tor sind 14 große Fahnenstangen errichtet, die abwechselnd die schwarz-rot-goldene Reichsflagge und die Flagge von Afghanistan zeigen werden. Auf dem Pariser Platz sind zahlreiche große Pyramiden mit frischem Grün errichtet, und die Wilhelmstraße wird reichen Flaggenschmuck und große Tannengirlanden zeigen. Die Polizei wird in großem Umfange Absperrungen vornehmen. Auch das Berliner Rathaus wird festlichen Schmuck anlegen. Zum Empfang des Königs Amanullah sind drei Regimenter aus Berlin und Döberitz bereitgestellt. Das Wachregiment Berlin wird mit verstärkten Wachen aufziehen. Zum Zapfenstreich werden fünf Kapellen spielen. Nach guten Aussichtsplätzen für die Straßen, die der königliche Zug passieren wird, herrscht eine lebhafte Nachfrage seitens des bourgeoisen Mobs. Zahlreiche Privathäuser machen sich die gute Konjunktur zunutze und verlangen für die Erlaubnis zum Betreten ihrer Räume bis zu 50 Mark pro Person.

„Bauernherrschaft in Rußland"

Die objektiven Schwierigkeiten der russischen Getreideaufbringungskampagne haben bei den Antibolschewisten aller Länder neue Hoffnungen erweckt. Mit dicken Schlagzeilen treibt die sozialdemokratische Presse allen voran ihr konterrevolutionäres Handwerk. „Rückfall in den Kriegskommunismus", schreit die Leipziger Volkszeitung. „Bauernherrschaft in Rußland!" echot die Dresdner Tante des sächsischen Austromarxismus. Wieder einmal prophezeien die Reformisten aller Schattierungen den Untergang der Sowjetunion. Die reformistischen Bankrotteure der deutschen Revolution spielen sich auf als die Schulmeister der russischen Arbeiter und Bauern.

Um was geht es? Die Getreideaufbringung in der Sowjetunion hat in den letzten Monaten nicht jenes Kontingent ergeben, daß nach der Wirtschaftsplanung eingebracht werden sollte. Da die Getreideausfuhr eine der wichtigsten Grundlagen des industriellen Aufbaues der Sowjetunion ist, hat diese Frage naturgemäß einschneidende Bedeutung. Es ist eine Tatsache, daß das Getreide zwar vorhanden ist, aber aus bestimmten Gründen von den Bauern zurückgehalten wird. Die Spekulation hat sich in den Getreidehandel eingeschalten und versucht durch höhere Angebote die Getreideaufbringung des Staates zu durchkreuzen. Die Ursache der Sabotage der Getreideablieferung durch die Kulaken sind manigfacher Art. Politische und wirtschaftliche Gründe laufen nebeneinander her und kreuzen sich teilweise. Politisch spekulieren bestimmte Schichten auf die Kriegsgefahr. Anderseits führt der Mangel an Industriewaren und Gebrauchsgegenständen auf dem Dorfe sowie die im Verhältnis zu den landwirtschaftlichen Produkten hohen Preise dieser Artikel ebenfalls zur Zurückhaltung der Getreidevorräte. Die Bauern rechnen mit höheren Preisen bei späterem Verkauf.

Ist diese Situation der Sowjetregierung unerwartet gekommen? Nein! Auf dem letzten russischen Parteitag im Dezember 1927 stand die Getreidekampagne im Mittelpunkt der Auseinandersetzung. Bei der Zurückweisung der trotzkistischen Opposition spielte die Frage, mit welcher Taktik die Sowjetregierung den Bauern gegenübertreten sollte, eine entscheidende Rolle. Die Sowjetregierung verfährt auch bei der Getreideaufbringungskampagne nach dem Grundsatz **das Bündnis zwischen Stadt und Dorf aufrechtzuerhalten und zu festigen.** Deshalb begnügt sich die Sowjetregierung nicht damit, politisch administrativ Mittel gegen die sabotierenden Bauern anzuwenden. **Das Schwergewicht wird auf die Befriedigung der wirtschaftlichen Bedürfnisse der Bauernschaft gelegt.** Industriewaren, vor allem Textilfabrikate werden in großen Mengen auf das warenhungrige Dorf geworfen. Eine gewisse Verknappung ist in den Großstädten dabei unvermeidlich geworden. Bedeutet das Not und Elend? Die Reformisten glauben selbst nicht an diesen Schwindel, den sie ihren Anhängern vorreden. „In Moskau steht man wieder Schlange" berichtet triumphierend die Dresdner Volkszeitung am 21. Februar. Um die sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Sowjetunion zu fördern, schreibt das Dresdner Reformistenblatt:

„In den Städten aber wächst das Elend und steigt der Groll. Sollte das also das Ergebnis einer zehnjährigen revolutionären Diktatur sein, daß die Arbeiter als Träger der Revolution und des Regimes von der Gnade der Bauern abhängig sind? Und hatte die Opposition nicht recht, als sie vor dem Stalinkurs warnte, der die Arbeiterschaft immer mehr zu Objekten des Sowjetregimes herabdrücken würde, während die gehätschelten Bauern immer anspruchsvoller, immer mächtiger und immer reicher werden? . . . . . .

Für die Arbeiterschaft der übrigen Länder bietet das russische Beispiel eine bedeutsame Lehre. Alle kommunistische Propaganda über die großartige Lage des Proletariats in Sowjetrußland zerplatzt vor dieser einen Tatsache wie eine Seifenblase. Im elften Jahre des Bolschewismus müssen die Arbeiter in den Städten wieder Schlange stehen, weil die reichen Bauern ihre Ernte zurückhalten!"

Der Wunsch ist hier der Vater des Gedankens. Eine Kleinigkeit übersehen die Reformisten. Nämlich die Tatsache, daß die Staatsmacht fest in den Händen der russischen Arbeiterschaft ist. Und diese Staatsmacht wird systematisch im Interesse der Revolution eingesetzt. Was die Reformisten leugnen, das bestätigt die bürgerliche Berichterstattung über die augenblickliche Lage in Sowjetrußland. Auch in diesem Falle trifft zu, was Max Adler im Klassenkampf schrieb: **„Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen die bürgerliche Presse lesen, wenn sie sich über Sowjetrußland besser informieren wollen, wie aus der sozialdemokratischen Presse.** (Wenn sie nicht die kommunistische Presse als Informationsquelle benutzen.)" Im Berliner Tageblatt vom 21. Februar straft der bürgerliche Korrespondent Paul Scheffer die reformistische Presse Lügen. Er schreibt:

„Die Revolution hat man nicht gemacht, um solche Wege zu gehen; die Jahre 1921 bis 1924 haben gezeigt, daß Repräsentanten Kräfte emporführt, die dem Sowjetsystem bewußt oder unbewußt ewig feindlich bleiben müssen. Was jetzt auf der russischen Erde vor sich geht, **widerlegt durchaus die Vermutung, daß Stalin, vom Druck der Opposition befreit, nun rechts gehen werde.** Im Gegenteil, er zeigt in diesem kritischen Moment den Bauern, der die regierende Stadt nicht verstehen will oder kann, ihren guten Willen ignoriert oder mißversteht, **den harten Willen der kommunistischen Regierung.**"

Weder das Geschrei über den Thermidor, über trotzkistische Opposition, noch das neueste antibolschewistische Prunkstück, die Getreidebeschaffung, sind imstande, den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion aufzuhalten. Die russischen Arbeiter sind gewöhnt, nicht nur die Erfolge des sozialistischen Aufbaues vor den Arbeitern der ganzen Welt aufzuzeigen, sondern auch die Schwierigkeiten der Revolution mit den Arbeitern der ganzen Welt zu diskutieren.

Gerade darin liegt die Stärke des russischen Proletariats. **Die russische Sowjetregierung hat nichts zu verheimlichen.** Wenn die Kommunistische Partei der Sowjetunion heute die Frage der Getreideaufbringung öffentlich diskutiert und die Mittel zur Belebung der Getreidekampagne in allen Organen und Sowjets berät, dann ist das nur ein neuer Beweis für die Stärke der russischen Staatsmacht. Das europäische Proletariat muß den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion und die Getreideschaffung unterstützen, indem es den reformistischen Verleumdern ihr schmutziges Handwerk legt und mit allen Mitteln **den Kampf gegen die Bourgeoisie des eigenen Landes führt.** Das Wahlergebnis in Hamburg zeigt, daß die reformistischen Lügen kurze Beine haben. Die Arbeiterschaft zieht aus der politischen Entwicklung die Lehre, daß nur durch den rücksichtslosen Klassenkampf und die vorbehaltlose Unterstützung der Sowjetunion die Lage der Arbeiterklasse auch in den westeuropäischen Ländern gebessert werden kann.

Eine Ohrfeige für Herrn Bethke

Wie der Dresdner Anzeiger sich durch die Sächsisch-Böhmische Korrespondenz mitteilen läßt, hat der sächsische Justizminister das gegen die kommunistischen Landtagsabgeordneten Bleyer, Schreiber, Rascher eingeleitete Verfahren wegen Nötigung des Altsozialisten Bethke niedergeschlagen. Er hat damit Herrn Bethke eine empfindliche politische Niederlage vor Gericht erspart.

Gefangenenrevolte in Tegel

Berlin. In der Strafanstalt Tegel, die gegenwärtig etwa 1400 Strafgefangene beherbergt, ist eine schwere Meuterei unter den Gefangenen ausgebrochen. Die Gefangenen waren zum größten Teile in Gemeinschaftszellen untergebracht. In den letzten Tagen machte sich unter ihnen eine ziemlich erregte Stimmung bemerkbar, weil ein Teil der Gefangenen aus dem Hause 3 nach anderen Zellen des Gefängnisses verlegt werden sollte. Als man die Aenderung vornehmen wollte, setzten sich die Insassen zur Wehr und griffen die Wärter tätlich an. Diese mußten sich zunächst zurückziehen, um weitere Hilfe herbeizuholen. Inzwischen hatten sich die Gefangenen verbarrikadiert und bombardierten die Beamten mit allen möglichen Gegenständen. Es kam zu einem wüsten Handgemenge, das dreiviertel Stunde dauerte. Schließlich wurden die Tobenden überwältigt und in Einzelhaft gebracht, mehrere Beamte haben Verletzungen davongetragen.

Mieterschutzlockerung auch in Oesterreich

Wien. Die österreichische Regierung hat eine Reform des Mietengesetzes fertiggestellt und den Entwurf den Handels-, Landwirtschafts-, Arbeiter- und Angestellten-Kammern zur Begutachtung übersandt. Das Gesetz sieht eine neue Berechnungsart des Mietzinses vor, der nach der Größe des Mietraumes abgestuft werden soll. Das Kündigungsrecht bleibt den Hausbesitzern im allgemeinen weiter entzogen, doch sollen in gewissen Fällen die Hausbesitzer das Kündigungsrecht erhalten, so daß eine Bresche in den Mieterschutz geschlagen wird. Das Gesetz wird eine erhebliche Belastung der werktätigen Massen bedeuten.

Die Wahlen in Japan

Berlin. Nach dem bisherigen Ergebnis der Wahlen in Japan ist der Bestand des bisherigen Kabinetts Tanaka gesichert. Gegenüber 288 Abgeordneten der Seijukai und 214 der Minseito wurden 5 Mitglieder der Arbeiterpartei gewählt.

Generaldirektor Hillmann, Magdeburg,
Oberscharfmacher der mitteldeutschen Gruppe des Verbandes der Metallindustriellen.

Berechtigte Erregung beim Eisenbahnpersonal

Von der Bezirksleitung Sachsen des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands wird uns geschrieben:

„Die personalpolitisch unhaltbaren Vorgänge, die zu dem Dresdner Streik gegen Ende des vergangenen Jahres führten, sind noch in aller Erinnerung. Kaum sind die damals durch Schuld der Reichsbahnverwaltung entstandenen Störungen des sächsischen Wirtschaftslebens überwunden, wurde das Reichsbahnpersonal in eine neue Unruhe getrieben, die von Woche zu Woche bedenklich an Umfang zunimmt. Die Erörterungen anläßlich der Schaffung der neuen Reichsbeamtenbesoldung haben gezeigt, daß die berechtigten Wünsche der Mehrzahl der Beamten unerfüllt blieben. Die Reichsbahnverwaltung hat ihre eigene Beamtenbesoldung noch unsozialer gestaltet und viele an Dienstleistung und Verantwortung schwer belastete Beamtengruppen völlig zu Unrecht eingestuft. Die Erregung unter den benachteiligten Beamtengruppen wächst zusehends und macht sich in erbitterten Zuschriften an die gewerkschaftliche Organisation Luft.

Bei den Reichsbahnarbeitern liegen die Dinge ebenso. Die Dienstschichten unerträglich lang, die Entlohnung völlig unzureichend. Am 31. März 1928 läuft der Reichslohntarif ab. Alle Bemühungen des Einheitsverbands, durch zwischentarifliche Regelung eine Erhöhung der ganz unzulänglichen Löhne zu erreichen, scheiterten am Widerstande der Reichsbahnhauptverwaltung. Die Anzeichen deuten darauf hin, daß die Verwaltung auch nicht geneigt ist, bei den bevorstehenden Lohnverhandlungen das erforderliche Maß von Verständnis aufzubringen. Tritt dies ein, so scheint das Ausbrechen eines ernsthaften Kampfes der Eisenbahnarbeiter kaum vermeidbar, die angesichts der erbitterten Stimmung unter der Mehrzahl der Beamten sicher deren Unterstützung finden dürften. Welche Folgen sich daraus für das Wirtschaftsleben ergeben würden, bedarf keines besonderen Hinweises.

Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands wird bei den bevorstehenden Verhandlungen alles daransetzen, zufriedenstellende, angemessene Löhne zu erreichen, um einen Konflikt mit so schweren Folgen zu vermeiden. Die Eisenbahner haben es in der Hand, die Position des Einheitsverbandes bei den kommenden Verhandlungen zu stützen.

Am 25. und 26. Februar finden die Betriebsratswahlen bei der Reichsbahn statt. Stellen sich die Eisenbahner bei dieser bedeutsamen Wahl einmütig und geschlossen hinter den Einheitsverband, so wird es die Verwaltung kaum darauf ankommen lassen, die Vertreter des Einheitsverbandes bei den bevorstehenden Lohnkämpfen zu brüskieren.

Anm. d. Red. Wir werden auf den Inhalt dieser Zuschrift noch später eingehen, fordern jedoch, unbeschadet der Notwendigkeit einer sachlichen, grundsätzlichen Kritik an der wirtschaftsfriedlichen Tendenz der heutigen Führung des Verbandes, die Eisenbahner auf, geschlossen für die Listen des Einheitsverbandes der Eisenbahner zu stimmen. Die klassenkämpferische Opposition hat ihrerseits die Aufgabe, die Listen mit zuverlässigen revolutionären Klassenkämpfern zu besetzen, um so dem Kampfwillen der Arbeiter Ausdruck zu verleihen.

Selbstmord eines Kleinbauern

Das letzte Pferd gepfändet

Aus Waren in Mecklenburg-Schwerin wird berichtet, daß sich der Kleinbauer W. Korff erhängt hat, nachdem ihm das letzte Pferd aus dem Stall gepfändet wurde. Angesichts dessen wagt es noch der Landbund-Professor Cassel im deutschnationalen Rostocker Anzeiger zu schreiben, daß die Sozialdemokratie (die in Mecklenburg mit den Demokraten die Regierung bilden) zu sentimental sei, gegenüber dem, was „schwach und lebensunfähig" ist. Landbündler und Sozialdemokraten sind an der Spitze der übrigen bürgerlichen Parteien die schlimmsten Feinde der Kleinbauern.

Der Selbstmord ist allerdings für die werktätigen Bauern nicht der richtige Weg, sondern der Kampf an der Seite der revolutionären Arbeiter gegen das verruchte kapitalistische System, für die revolutionäre Arbeiter- und Bauernmacht.

Wetterdienst für den 22. und 23. Februar. Nachts auch im Flachland einige Frostgrade, tags Temperaturen um Null und um Mittag etwas darüber. Wechselnd bewölkt, örtlich, besonders im Gebirge, zeitweise neblig, stellenweise etwas Schneebröckeln nicht ausgeschlossen, schwache Luftbewegung veränderlicher Richtungen.